

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 27 (1948)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung in den westlichen Zonen  
**Autor:** Müller, Karl H.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-335974>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

deutsche Justiz ihre Aufgabe, eine demokratische Republik aufzubauen und zu schützen, nicht erfüllt. Damals wurden die Morde an Rosa Luxemburg, Liebknecht, Rathenau, Erzberger, Pasche und andern nicht verfolgt. Damals wurden Beschimpfungen der Republik nicht oder nur ungenügend gesüht. Der Reichskanzler Marx erklärte, daß er sich bei Beschimpfungen von nationalistischer Seite nicht an die deutschen Gerichte wende, weil er dort doch keinen genügenden Schutz erhalte. Damals hat die deutsche Justiz ihren Teil dazu beigetragen, die demokratische Republik zu untergraben und zu stürzen.

Es hat den Anschein, daß sich dasselbe jetzt wiederholt.

KARL H. MÜLLER

## *Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung in den westlichen Zonen*

*Berlin, im Februar 1948.*

Eine objektive Würdigung der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung ist zurzeit noch außerordentlich schwierig. Vor allem gilt es zu untersuchen, ob und inwieweit die deutschen Gewerkschaften gegenwärtig überhaupt in der Lage sind, den ihnen gestellten traditionellen gewerkschaftlichen Aufgaben — Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — gerecht zu werden.

1928 bildeten die freien (sozialistischen) deutschen Gewerkschaften mit rund 5½ Millionen Mitgliedern die (von Rußland abgesehen) zahlenmäßig stärkste gewerkschaftliche Organisation der Welt. Schon ein Jahr später, nach dem Ausbruch der großen Wirtschaftskrise, trat jedoch ihre innere Schwäche klar zutage. Sie waren außerstande, den immer schärfer werdenden Lohnabbau und die sich häufenden reaktionären Notverordnungen zu verhindern. Mit dieser Feststellung soll jedoch keine einseitige Schuldfrage aufgeworfen werden. Es ist hierbei vor allem zu berücksichtigen, daß 1928 trotz der imposanten Mitgliederzahl nur knapp ein Drittel aller Berufstätigen gewerkschaftlich organisiert war und mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise ein rapider Mitgliederschwund eintrat. Ferner zeigte sich, daß auch die zahlreichen forcierten Aktionen (Teilstreiks, Demonstrationen usw.) der kommunistischen RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) zum Mißerfolg verurteilt waren und letzten Endes nur zur Zersetzung der inneren Geschlossenheit der Gewerkschaften und zur Schwächung ihrer Schlagkraft beitrugen. Für das Scheitern der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist in erster Linie die zunehmende Passivität und Resignation der deutschen Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit während der entscheidenden Jahre von 1929 bis 1933 verantwortlich. Die Untersuchung der Ursachen für diesen sonderbaren Sachverhalt ist jedoch eine Aufgabe, die sich nur im Rahmen einer Analyse der allgemeinen historisch-soziolo-

gischen Gesamtentwicklung lösen läßt. Die vorliegende Betrachtung muß sich daher darauf beschränken, als weitere Tatsachen festzustellen, daß die deutsche Gewerkschaftsführung bereits 1932 in Anbetracht von sechs Millionen Arbeitslosen, des Vorhandenseins nationalsozialistischer Betriebszellen, terroristischer Sturmabteilungen (SA) und nicht zuletzt der «Technischen Nothilfe» einen Generalstreik gegen Hitler von vornherein für aussichtslos hielt. Nach Hitlers Machtergreifung fehlte es, neben Massenverhaftungen führender Gewerkschafter, leider auch nicht an vereinzelt Loyaltätsbekundungen. Auf das beschämende Schauspiel des pomphaft begangenen «Tages der Deutschen Arbeit» am 1. Mai 1933 folgte einen Tag später die Beschlagnahme und Enteignung der gesamten gewerkschaftlichen Einrichtungen.

Eine illegale Gewerkschaftsbewegung im eigentlichen Sinne gab es während der zwölf Hitlerjahre nicht. Die Untergrundtätigkeit beschränkte sich im wesentlichen auf die Aufrechterhaltung des inneren Zusammenhalts der alten Gewerkschaftsfunktionäre, der sich allerdings weit enger und dauerhafter erwies als der der meisten illegalen politischen Organisationen. Diesem Umstand ist es vor allem zuzuschreiben, daß die deutschen Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes überraschend schnell den Neuaufbau ihrer Organisation durchführen konnten. So gibt es heute in den drei Westzonen bereits wieder rund drei Millionen eingetragene Mitglieder; der FDGB (Freier deutscher Gewerkschaftsbund) der russischen Zone weist sogar einen Mitgliederbestand von über fünf Millionen (bei rund acht Millionen Berufstätigen) aus, wobei jedoch zu bedenken ist, daß es sich dabei nicht durchweg um «echte» Beitritte handelt. In noch stärkerem Maße als vor 1933 wird man sich aber heute davor hüten müssen, das wirkliche Gewicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach der Zahl ihrer Mitglieder zu bewerten.

In den drei westlichen Zonen erfolgte der gewerkschaftliche Wiederaufbau grundsätzlich von unten, also vom einzelnen Betrieb her. Der Zusammenschluß zu größeren Verbänden vollzog sich überall ohne jede Behinderung, teilweise sogar unter Förderung durch die Besetzungsmächte. (Die Rückgabe des von den Nazi geraubten gewerkschaftlichen Besitzes an die rechtmäßigen Eigentümer läßt leider noch immer auf sich warten. Dies dürfte aber weniger am schlechten Willen der alliierten Behörde liegen, als vielmehr an den verwickelten bürokratischen Verordnungen, denen zufolge die seinerzeit von der «Deutschen Arbeitsfront» angeeigneten gewerkschaftlichen Einrichtungen nunmehr als Nazieigentum betrachtet und entsprechend behandelt werden.) In der britischen Zone ist der Konzentrationsprozeß bis zur Bildung einer einheitlichen und umfassenden Gewerkschaftsorganisation, des «Deutschen Gewerkschaftsbundes» (DGB) gediehen; in der französischen Zone bahnt sich eine ähnliche Entwicklung an, während in der amerikanischen Zone der Zusammenschluß bisher noch auf die einzelnen Länder beschränkt blieb. Die wirtschaftliche Vereinigung der beiden angelsächsisch-verwalteten Zonen läßt jedoch in Kürze die Errichtung eines bizonalen Gesamtverbandes erwarten, der durch ein bereits bestehendes gemeinsames Sekretariat der Gewerkschaftsbünde der beiden Zonen gründlich vorbereitet worden ist. Trotz größten Anstrengungen von seiten der sozialistisch orientierten Gewerkschafter scheint das zurzeit erreichte Ziel einer politisch einheitlichen Gewerkschaftsbewegung auf die Dauer nicht zu halten zu sein. In Süddeutschland, im Ruhrgebiet und vor allem in der französischen Zone mehren sich, unterstützt von der Christlichen Gewerkschaftsinternationale in Utrecht, die

Bestrebungen zu einer Neugründung der christlichen Gewerkschaften. Es ist hauptsächlich der regional verschieden starke kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften, der den christlichen Gruppen als Argument für die beabsichtigte Spaltung dient.

Es liegt in der Natur der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland begründet, daß die neuen Gewerkschaften nicht die Aktivität entfalten können, die ihnen eigentlich zukommt. Lohn- und Preisstopp, Rationierungs- und Kontingentierungssysteme, die in jeder Zone bestehende, mehr oder weniger große Unklarheit über die wirkliche Zuständigkeit der deutschen Behörden verhindern (neben dem durch Krieg, Demontagen, Währungsverfall usw. verursachten Chaos) die Herausbildung einer klaren Linie für das gewerkschaftliche Handeln. Das bedeutet allerdings nicht, daß die neuen Gewerkschaften in der kurzen Zeit ihres Bestehens keine allgemeinen und vor allem keine besonderen (einzelbetrieblichen) Erfolge aufzuweisen hätten. Ganz im Gegenteil. Zahlreiche neue, günstigere Lohn- und Tarifabschlüsse konnten getätigt werden, die zunächst gutachtliche Mitarbeit der Gewerkschaften bei den bizonalen Wirtschaftsbehörden ist gesichert, bei manchen Aktiengesellschaften, so zum Beispiel in den ausgegliederten Stahlwerken früherer Konzerne, sind die Aufsichtsräte paritätisch besetzt, in vielen Unternehmungen haben die Betriebsräte weitgehendes Mitbestimmungsrecht nicht nur in Personalfragen, sondern auch in bezug auf das Produktionsprogramm, die Einsicht in die Betriebsbilanz usw. erlangt. Diese zum Teil erstaunlichen Erfolge müssen jedoch auf ihren realen Wert zurückgeschraubt werden, wenn man der Gefahr, in verhängnisvolle Illusionen zu verfallen, entgehen will.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich noch immer in jenem seltsamen Zwitterzustand, bei dem sich ein Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit in behördlich streng geregelten Bahnen abspielt, während der andere, und zwar sowohl auf dem Gebiete der Produktion, wie dem der Distribution und der Konsumtion, seine eigenen «freien» Wege geht. Es handelt sich dabei nicht mehr um Schwarzhandel im üblichen Sinne. Die jahrelange Dauer dieser anormalen Verhältnisse hat dazu geführt, daß sich neben oder besser: gegenüber dem verwickelten behördlichen Rationierungs- und Kontingentierungsapparat ein mindestens ebenso hochkompliziertes, auf «Kompensation» und Naturallohn beruhendes System herausgebildet hat. Dieses war um so leichter zu verwirklichen, als die deutschen Geschäftsleute auf eine jahrzehntelange Erfahrung in der Umgehung von umfangreichen Behördenvorschriften zurückblicken (die Devisenbewirtschaftung setzte bereits Anfang der dreißiger Jahre ein, die Rohstoffkontingentierung um 1934 usw.). Mit bekannter deutscher Gründlichkeit ist im Laufe der letzten Jahre ein kunstvoller, von ungeschriebenen Gesetzen geregelter Wirtschaftsmechanismus geschaffen worden, der, was immer man gegen ihn einwenden mag, einen erheblichen Teil des notwendigen sozialökonomischen Kreislaufs in Gang hält. Weil er einer (vom Standpunkt der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit aus gesehen) echten Notwendigkeit entsprungen ist, erweisen sich alle noch so fein gesponnenen Kontrollmaßnahmen der Obrigkeit als machtlos. Die aus dem Zwang zur Selbsthilfe geborene Solidarität zwischen Unternehmern, Arbeitern und Bauern ist stärker als der umständliche Behördenapparat, der bis zu einem gewissen Grade selbst in das illegale Wirtschaftsgetriebe hineingezogen wird.

Im vorliegenden Zusammenhang interessiert vor allem die Auswirkung dieser

Verhältnisse auf den Arbeitsmarkt. Es gehört zu den seltsamsten Widersprüchen der heutigen deutschen Wirtschaft, daß trotz dem geringen Produktionsniveau ein außerordentlicher Mangel an Arbeitskräften herrscht. Mit den Kriegsverlusten und anderen Kriegsfolgen allein läßt sich dieser Zustand nicht befriedigend erklären, und je tiefer die obenerwähnte Aufspaltung und Zerrüttung des Wirtschaftslebens fortschreitet, desto mehr enthüllt sich die statistisch festgestellte «Vollbeschäftigung» als Fiktion. Mit rund zwölf Millionen gezählten Erwerbstätigen in den drei westlichen Zonen ist der Vorkriegsstand bereits überschritten, während der Produktionsumfang erst durchschnittlich einen Drittel der alten Höhe erreicht hat. Der auf rund 50 Prozent geschätzte Leistungsausfall in der Industrie erklärt zwar im großen und ganzen die Differenz zwischen Arbeitsaufwand und Produktionsergebnis, gibt aber keinen Aufschluß über die konkreten Ursachen der Produktivitätsverminderung. Letzten Endes sind natürlich die allgemeinen schlechten Lebensbedingungen dafür verantwortlich. Bei näherem Zusehen zeigt sich jedoch, daß noch eine Reihe von sekundären Faktoren im Spiele ist, die, auf Abhilfe der primären Ursache gerichtet, in ihrer volkswirtschaftlichen Auswirkung zu einer zusätzlichen Verschärfung der bestehenden Mißstände führen. So ist es zum Beispiel allgemein üblich, daß die Arbeitnehmer meist mit stillschweigender Billigung der Betriebsleitungen oft tagelang der Arbeit fernbleiben, um Lebensmittel und andere notwendige Dinge zu beschaffen; in vielen Betrieben werden Arbeitskräfte völlig unproduktiv beschäftigt, weil die Unternehmer wegen der hohen Steuern keinen Wert darauf legen, übergroße Gewinne aufzuweisen; in nicht wenigen Unternehmungen wird in geheimer Abmachung mit dem Betriebsrat ein Teil des Lohnes in Naturalleistungen vergütet, wodurch natürlich Waren dem allgemeinen Konsum entzogen und zum Teil dem Schwarzhandel zugeführt werden; da der Bezug der Lebensmittelkarten vom Nachweis einer Beschäftigung abhängig ist, mehren sich die Schein-arbeitsverhältnisse, die eine exakte volkswirtschaftliche Kalkulation behindern; der Behördenapparat wächst ins Ungemessene und entfremdet viele qualifizierte Arbeitskräfte ihren eigentlichen Berufen; und schließlich ist eine bei vorsichtiger Schätzung in die Hunderttausende gehende Zahl von Menschen damit beschäftigt, den weitverzweigten Kompensationsmechanismus (Zement gegen Stahl, Schuhe gegen Glühbirnen, Schaufeln gegen Kartoffeln usw.) in Gang zu halten. Wie die «Wirtschaftszeitung», Stuttgart, kürzlich errechnet hat, kommt die Leistung der ausgezählten 12 Millionen Beschäftigten nicht über das hinaus, was 4,4 Millionen «Normalarbeitskräfte» hervorbringen könnten. Angesichts dieser Sachlage wäre es wirklich der Überlegung wert, ob nicht eine weitgehende Lockerung der Zwangsbewirtschaftung ausprobiert werden sollte. Zurzeit befindet sich jedoch die Bürokratie noch immer im Vormarsch, und wie das kürzlich erlassene «Speisekammergesetz», das die Zwangserfassung nicht nur ins Unerträgliche, sondern auch ins schlechthin Undurchführbare steigert, zeigt, ist zunächst noch mit einer weiteren Verschärfung des eingeschlagenen Kurses zu rechnen.

Solange dieser Zustand andauert, wird sich die praktisch bestehende materielle Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern, Arbeitern und Bauern, trotz gegenseitigen Beschuldigungen und Vorwürfen, noch vertiefen. Es ist kein Zufall, daß die letzten Massenstreiks nicht gegen die Unternehmer und für höhere Löhne, sondern gegen die Regierungen, das heißt in letzter Instanz gegen die Besetzungsmächte, und

für bessere allgemeine Lebensbedingungen geführt worden sind. Bis zu welchem Grade rein agitatorische Absichten der Kommunisten das Zustandekommen dieser Streiks beeinflußt haben, muß dahingestellt bleiben. Die vorliegenden Ausführungen sollen vor allem zum Ausdruck bringen, daß die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften noch in der Zukunft liegen. Eines Tages wird auch in Deutschland wieder eine feste Währung, ein ausgeglichenes Kostengefüge und — *große Arbeitslosigkeit* herrschen. Wann dieser Zeitpunkt eintreten wird, läßt sich wegen der vielen unberechenbaren Faktoren, die dabei mitspielen, auch nicht annähernd voraussagen. Für die künftige deutsche Gewerkschaftspolitik ist es jedoch von größter Wichtigkeit, daß die augenblicklichen Verhältnisse in ihrer realen Bedeutung nicht überschätzt und entsprechende Vorbereitungen für die zu erwartende Entwicklung getroffen werden. Je nüchterner die Gewerkschaftsführung die jeweilige Lage beurteilen wird, desto besser wird sie befähigt sein, mit den auftauchenden Schwierigkeiten fertig zu werden. Es gibt eine Reihe von erfreulichen Anzeichen, so z. B. die beachtlichen Anstrengungen zur Heranziehung eines neuen, hochqualifizierten Funktionärnachwuchses aus den Kreisen der Gewerkschaftsjugend, ferner die Errichtung eines Instituts für Wirtschaftswissenschaft, das ein umfassendes Forschungsprogramm aufgestellt hat, u. ä. m. Weniger positiv muten die auf «unpolitische Haltung» gerichteten Tendenzen an, weil sie an der Wirklichkeit offensichtlich vorbeigehen. Gerade in Deutschland ist und wird die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine vorwiegend wirtschaftspolitische Angelegenheit sein. Hier liegt die entscheidende Aufgabe für die neuen deutschen Gewerkschaften: Mittel und Wege zu finden, um bei den kommenden Auseinandersetzungen über die Liquidierung des Nazierbes maßgeblich beteiligt zu sein, sowie die Kräfte heranzubilden, die in der Lage sind, die Interessen der Arbeiterschaft auf den verschiedenen Lebensgebieten tatkräftig wahrzunehmen.